



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

26. April 2016

Nr. 2016-254 R-151-27 Interpellation Christoph Schillig, Flüelen, zu «Masterstudium für Medizin an der Universität Luzern für Uri von Interesse?»; Antwort des Regierungsrats

1. Ausgangslage

Am 27. Januar 2016 reichte Landrat Christoph Schillig, Flüelen, eine Interpellation «Masterstudium für Medizin an der Universität Luzern für Uri von Interesse?» ein.

Ausgangspunkt für die Interpellation ist der Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten im Kanton Uri. Der Interpellant hält einleitend fest, dass die Gründe für den Mangel vielfältig seien, aber ein wichtiger Grund sicher darin zu suchen sei, dass zu wenig Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz ausgebildet würden. Der Interpellant nimmt Bezug auf die Bestrebungen der Kantone Freiburg, St. Gallen und Luzern, die zurzeit evaluieren, ob sie einen Beitrag zur Verbesserung leisten können, indem sie neu ein Masterstudium für Humanmedizin anbieten. Der Kanton Luzern werde im ersten Quartal 2016 eine Machbarkeitsstudie betreffend Masterausbildung Humanmedizin an der Universität Luzern vorlegen. Dabei sei auch die Haltung des Urner Regierungsrats zu diesem Projekt von Interesse.

Gestützt auf Artikel 127 der Geschäftsordnung des Landrats (GO; RB 2.3121) stellt Landrat Christoph Schillig sechs Fragen.

2. Vorbemerkungen

Im Kanton Luzern forderte ein politischer Vorstoss (Motion Thomas Willig über einen Planungsbericht über eine medizinische Fakultät für die Universität Luzern) die Einrichtung einer medizinischen Fakultät an der Universität Luzern bzw. deren Prüfung. Der Luzerner Regierungsrat lehnte aus finanziellen und sachlichen Gründen eine Fakultät ab, erklärte sich aber bereit, eine Machbarkeitsstudie über die Einrichtung eines Masterstudiengangs in Humanmedizin erarbeiten zu lassen. Die Abklärungen im Kanton Luzern dazu laufen. Konkrete Ergebnisse liegen zurzeit noch nicht vor. Trotzdem nimmt der Regierungsrat zu den Fragen der Interpellation Stellung.

Die Zahl der inländischen Abschlüsse in Humanmedizin hat über die letzten zehn Jahre um 27 Prozent zugenommen:

Eidgenössische Diplome in Humanmedizin 2004 bis 2014

2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
677	619	592	606	664	724	825	735	775	769	861

Quelle: Medizinalberuferegister BAG

Von den zwischen 2004 und 2014 insgesamt erteilten eidgenössischen Diplomen wurden rund zwei Drittel in der deutschen Schweiz und ein Drittel in der französischen Schweiz erworben.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass die Zahl der effektiven Abschlüsse unter den von den Universitäten genannten Aufnahmekapazitäten und auch unter den Eintrittszahlen liegt. Die beiden Westschweizer Universitäten in Lausanne und Genf wenden keinen Numerus Clausus an. Die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger übersteigt die klinischen Studienkapazitäten deshalb bei weitem. Eine Analyse des Bundesamts für Statistik ergab für die Jahre 2007 und 2008 Studienerfolgsquoten auf dem Niveau Bachelor von durchschnittlich 45 Prozent an den beiden Westschweizer Universitäten und durchschnittlich 90 Prozent an den Deutschschweizer Universitäten.

Während ein weiterer Ausbau der Studienkapazitäten an den bestehenden medizinischen Fakultäten auch Anpassungen bei der Infrastruktur erfordern wird, stellt doch die Verfügbarkeit von klinischen Studienkapazitäten den entscheidenden, limitierenden Faktor dar. So haben die Universitäten die Aufnahmekapazität auf Bachelorstufe zwischen 2007 und 2015 zwar um 67 Prozent erhöht, die klinischen Kapazitäten nahmen im gleichen Zeitraum jedoch nur um 43 Prozent zu. Die anvisierte Erhöhung der Studienabschlüsse in Humanmedizin wird deshalb nur möglich sein, wenn es auch gelingt, das Angebot an klinischen Studienkapazitäten im gleichen Mass auszubauen.

3. Zu den gestellten Fragen

1. Besteht seitens des Kantons Uri Interesse an einer vermehrten Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz?

Wie die Überlegungen des Regierungsrats zur medizinischen Grundversorgung bzw. zur Hausarztsituation im Rahmen des Berichts und Antrags an den Landrat zur Revision des Gesundheitsgesetzes aufzeigen, sind zusätzliche Anstrengungen notwendig, um auch in Zukunft eine genügende medizinische Versorgung im Kanton Uri sicherstellen zu können.

Eine von mehreren Massnahmen ist, dass in der Schweiz mehr Ärztinnen und Ärzte ausgebildet werden können. Dies wurde von der Politik erkannt und entsprechende Massnahmen wurden und werden durch Bund und Kantone eingeleitet. So hat der Bundesrat am 25. Februar 2016 die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die Jahre 2017 bis 2020 verabschiedet. Im Rahmen des Sonderprogramms Humanmedizin soll mittels einer projektorientierten Zusatzfinanzierung in der Höhe von 100 Mio. Franken die Zahl der Abschlüsse in Humanmedizin weiter erhöht werden. Der im Sonderprogramm angestrebte Richtwert beträgt 1'300 Abschlüsse pro Jahr. Die BFI-Botschaft 2017 bis 2020 wird voraussichtlich in der Sommersession 2016 im Nationalrat behandelt.

Die rein quantitative Erhöhung der Masterabschlüsse in Humanmedizin ist indessen nicht ausreichend, um die Versorgungssicherheit schweizweit und auch im Kanton Uri nachhaltig gewährleisten zu können. Wichtig ist auch ein zielgerichtetes Engagement in der Weiterbildung der Ärztinnen und Ärzte. Deshalb sind Projekte von Weiterbildungscurricula für Assistenzärztinnen und Assistenzärzte in Fachrichtungen der Grundversorgung zu unterstützen. Der Kanton Uri tut dies bereits seit vielen Jahren erfolgreich mit dem kantonalen Projekt «Praxisassistenten». Zudem beteiligt sich der Kanton Uri als einziger Zentralschweizer Kanton neben Luzern am «Curriculum Hausarztmedizin» des Instituts für Hausarztmedizin & Community Care Luzern. Damit stehen die anerkannten Weiterbildungsstellen in der Hausarztmedizin auch jungen Assistenzärztinnen und Assistenzärzten aus dem Kanton Uri zur Verfügung.

2. *Begrüsst der Regierungsrat die Überlegungen des Kantons Luzern, an der Universität Luzern einen Masterausbildungsgang für Humanmedizin anzubieten?*

Der Regierungsrat begrüsst grundsätzlich alle Anstrengungen, die dazu beitragen, dass mehr Ärztinnen und Ärzte ausgebildet werden. In diesem Sinne werden auch Bestrebungen im Kanton Luzern begrüsst. Für den Regierungsrat ist es indessen wichtig, dass neue Studienangebote eine Anbindung bzw. Kooperation mit einer bestehenden medizinischen Fakultät in der Schweiz nachweisen, damit eine integrale Ausbildung (Bachelor und Master) inklusive den benötigten klinischen Ausbildungsplätzen sichergestellt ist. Zudem muss die Finanzierung langfristig gesichert sein.

3. *Würde es der Regierungsrat begrüssen, wenn sich die Masterausbildung primär auf die Ausbildung von Hausärztinnen und Hausärzten fokussierte?*

Im Rahmen der Masterausbildung ist eine Fokussierung auf die Hausarztmedizin oder eine andere Facharzttrichtung grundsätzlich nicht vorgesehen. Nach dem Abschluss des Masterstudiums beginnt für Ärztinnen und Ärzte die Weiterbildung, die mit dem Facharzttitel der Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte FMH abschliesst. In diesem Rahmen erfolgt die Spezialisierung auf die ärztliche Grundversorgung (Allgemeine Innere Medizin, Pädiatrie usw.) oder auf andere Facharztgebiete und Schwerpunkte. Da sich schweizweit und insbesondere auch in Uri ein Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten abzeichnet, würde es der Regierungsrat sehr begrüssen, wenn sich die Masterausbildung soweit wie möglich auf die medizinische Grundversorgung oder Interprofessionalität ausrichten würde.

4. *Falls es sich zeigte, dass ein Masterausbildungsgang für Humanmedizin an der Universität machbar wäre, würde der Kanton Uri Luzern in diesem Projekt unterstützen?*

Der Einfluss des Ausbildungsstandorts auf die spätere Niederlassung und damit auf die Versorgungssituation wird als relativ gering eingeschätzt. Untersuchungen zeigten, dass andere Faktoren weit stärker wirkten, die sich insbesondere in der Weiterbildungs- und nicht der Ausbildungszeit ergeben oder die Arbeits- und Lebensbedingungen in einer bestimmten Region. Netzwerklösungen zwischen Zentrums- und peripheren Spitälern wie dem Kantonsspital Uri in der ärztlichen Weiterbildung sind vor diesem Hintergrund ein wichtiges Instrument zu einer besseren

geografischen Verteilung der Ärztinnen und Ärzte.

Vor diesem Hintergrund ist eine direkte Beteiligung des Kantons Uri an einem allfälligen Projekt des Kantons Luzern für einen Masterausbildungsgang in Humanmedizin nicht vorgesehen. Denkbar ist hingegen eine politische und ideelle Unterstützung des Projekts, soweit dies erwünscht und notwendig wäre.

5. *Könnte sich der Regierungsrat auch vorstellen, dass sich der Kanton Uri an der Finanzierung des Masterausbildungsganges beteiligen könnte?*

Schon heute finanziert der Kanton Uri die Ausbildung im Bereich der Humanmedizin mit namhaften Beiträgen. Rechtliche Grundlage dazu ist die so genannte Universitätsvereinbarung (IUV). Der jährliche Beitrag, den der Kanton Uri pro Person in Ausbildung zur Medizin zu leisten hat, beträgt 51'400 Franken. Damit leistet Uri bereits einen namhaften Beitrag. Der Regierungsrat lehnt einen zusätzlichen Beitrag Uris aus finanzordnungspolitischen Gründen ab.

6. *Könnte sich der Regierungsrat vorstellen, dass auch das Kantonsspital Uri in den Masterausbildungsgang für Humanmedizin an der Universität Luzern einbezogen wird?*

Wie bereits erwähnt sind Praktikumsstellen im Rahmen der klinischen Praktika während des Masterstudiums äusserst wichtig und wertvoll. Sie werden deshalb bereits jetzt im Kantonsspital Uri angeboten. Selbstverständlich würden solche Praktikumsstellen auch den Medizinstudierenden der Universität Luzern zur Verfügung stehen. Das Kantonsspital Uri wäre zudem bereit, auch Kurse für Studentinnen und Studenten im Lehrauftrag für den Masterausbildungsgang Humanmedizin der Universität Luzern anzubieten.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Interpellationstext); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Gesundheit; Direktionssekretariat Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion; Direktionssekretariat Bildungs- und Kulturdirektion; Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion und Bildungs- und Kulturdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats
Standeskanzlei Uri
Der Kanzleidirektor

